



vielfalt familie

Zeitschrift des Zukunftsforum Familie (ZFF)

Ausgabe 25 | Juli 2015

Familienpaket: bei Zustellung nur noch ein Päckchen?!



*Thema: Familienpaket // Das Paket und die Bewertung des ZFF | Interview mit Miriam Hoheisel //
Position: Kinder- und Jugendwahlrecht vs. Familienwahlrecht | Projektabschluss: Herausforderungen des
Demografischen Wandels für Familien | Abschied von Barbara König // Buchtipp: Geht alles gar nicht //*



Liebe
Leserinnen
und Leser,

das Schnüren des
„Familienpakets“ war
das zentrale famili-
enpolitische Thema

des Frühlings und Frühsommers 2015: Die
Entstehungsgeschichte dieses Pakets und die
Bewertung des ZFF können Sie in unserem
Schwerpunkt-Artikel nachlesen.

Auch aus dem ZFF gibt es Neues zu berichten:
An erster Stelle ist hier der im Herbst bevorste-
hende Wechsel in der Geschäftsführung des
ZFF zu nennen. Wir danken Barbara König für
ihre langjährige, engagierte Repräsentation
des ZFF und wünschen ihr beruflich wie privat
alles Gute für die Zukunft!

Die Arbeit an der inhaltlichen Positionierung
des ZFF geht fortlaufend voran: Anfang Juni
haben wir im Vorstand ein Positionspapier
zum Kinder- bzw. Familienwahlrecht ver-
abschiedet. Sie finden dieses auf unserer
Homepage.

Schließlich möchte ich unsere Mitglieder dazu
ermuntern, sich mit einem interessanten fa-
milienbezogenen Projekt in unserer Zeitschrift
vorzustellen. Wir freuen uns auf Ihre Beiträge!

Ich wünsche Ihnen viel Spaß und Gewinn
beim Lesen unserer Zeitschrift!

Herzlichen Gruß, Ihre

Christiane Reckmann, Vorsitzende ZFF

Familienpaket: bei Zustellung nur noch ein Päckchen?!



Ende Januar 2015 hat das Bundeskabinett den
10. Bericht über die Höhe des steuerfrei zu stellenden
Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern be-
schlossen. Nach den Vorgaben des Existenzminimum-
berichts muss neben dem steuerlichen Grundfreibetrag
für Erwachsene auch der Kinderfreibetrag steigen.
Eine Kindergelderhöhung folgt in der Regel, ist aber
nicht zwingend. Wie hoch die Erhöhung letztendlich
ausfällt, kann politisch entschieden werden.

Schon lange vor Erscheinen des Berichts wurde in Politik und
Fachöffentlichkeit über mögliche Wege debattiert, die Fami-
lienförderung bedarfsgerecht zu gestalten: Soll auf eine Er-
höhung des Kindergeldes verzichtet und stattdessen zielgruppenspe-
zifisch, z. B. nur über eine Anhebung des Kinderzuschlags, gefördert
werden? Oder sollte das Geld für den Ausbau der Kinderbetreuung
genutzt werden? Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig unter-
breitete den Vorschlag eines Familienpakets: Es sollte die Anhebung
der Kinderfreibeträge und des Kindergeldes, die Erhöhung des Entlas-
tungsbetrages für Alleinerziehende und des Kinderzuschlags beinhal-
ten, allerdings alles unter Vorbehalt und unter Auflage einer geringen
finanziellen Belastung des Bundeshaushaltes.

Schäubles Mogelpackung

Nach monatelangen Überlegungen war die Empörung groß, als Bundes-
finanzminister Wolfgang Schäuble Anfang März im Alleingang einen
Gesetzesentwurf zur Anpassung der familienpolitischen Leistungen vor-
legte. Der jährliche Kinderfreibetrag sollte demnach 2015 um 144 Euro
auf 7.152 Euro und im Jahr 2016 um weitere 96 Euro auf dann 7.248
Euro steigen. Um beim Kindergeld einen „Gleichschritt“ zu sichern,
enthielt der Gesetzesentwurf eine monatliche Erhöhung um vier Euro
für das Jahr 2015 und um weitere zwei Euro im Jahr 2016. Des Weiteren
beinhaltete der Gesetzesentwurf eine Anhebung des Kinderzuschlags um
20 Euro auf maximal 160 Euro monatlich.

Verbände, Gewerkschaften und Experten/-innen liefen daraufhin Sturm. Auch das ZFF kritisierte den Gesetzentwurf, da die Erhöhung des Kindergeldes deutlich hinter den Versprechungen der Regierungsparteien zurückblieb: Die maximale monatliche Entlastungswirkung durch die Kinderfreibeträge beträgt aktuell ca. 280 Euro und liegt damit rund 100 Euro über dem gegenwärtigen Kindergeldbetrag. Diese Lücke entsteht, da das Kindergeld den Betrag für Bildung, Erziehung und Ausbildung (BEA) nicht berücksichtigt. Dies stellt aus Sicht des ZFF einen Widerspruch zur Herstellung vertikaler Gerechtigkeit zwischen Familien mit unterschiedlich hohen Einkommen dar.

Kritisch sehen wir auch, dass durch die Anrechnung des Kindergeldes auf das Sozialgeld im SGB II weiterhin nur die Sicherung des kindlichen Existenzminimums gewährt wird und das Kindergeld als Familienförderleistung nicht zum Tragen kommt. Auch die Pläne beim Kinderzuschlag reichen nicht aus: Die Erhöhung des maximalen Förderbetrags ist richtig und längst überfällig. Sie bringt aber ohne grundlegende Reformen, z. B. bei der Einkommensberechnung, keine wirkliche Verbesserung für Familien im prekären Einkommensbereich.

Familienpolitisch enttäuschend war jedoch insbesondere, dass Alleinerziehende, und das sind zu 90 Prozent Frauen, im Schäuble-Vorschlag außen vor blieben – entgegen der Ankündigungen im Koalitionsvertrag, den Entlastungsbetrag anzuheben und nach Kinderzahl zu staffeln. Auch den Ergebnissen aus der Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen wurde keinerlei Beachtung geschenkt. Aber Kritik wurde nicht nur am Inhalt des Gesetzentwurfs geübt, sondern am gesamten Verfahren: Äußerst kurze Fristen von wenigen Tagen bei der Abgabe von Stellungnahmen oder die Nicht-Einbindung von familienpolitischen Verbänden und Experten/-innen zeugen von mangelnder familienpolitischer Sensibilität.

Chancen verpasst

Seit Sommer 2015 ist das Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrages, des Kinderfreibetrages, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags nunmehr beschlossen. Das ZFF erkennt das Ziel des Gesetzentwurfes an, die monetären Leistungen für Familien zu verbessern. Insgesamt bewerten wir den Gesetzentwurf aber nur als Fortschreibung der aktuellen Situation und bedauern, dass die Bundesregierung die Chance auf eine Reform der Familienförderung verpasst hat. Positiv ist der im Gesetzgebungsverfahren nachträglich erfolgte Beschluss zur



Sehr bedauerlich – die Bundesregierung hat die Chance auf eine Reform der Familienförderung verpasst.

Erhöhung des Entlastungsbetrages für Alleinerziehende zu werten, den auch Familienministerin Schwesig mit Nachdruck vorangetrieben hat. Demnach wird der steuerliche Entlastungsbetrag für Alleinerziehende rückwirkend zum 1. Januar 2015 von derzeit 1.308 Euro auf 1.908 Euro erhöht. Darüber hinaus wird der Entlastungsbetrag nach der Kinderzahl gestaffelt: Für jedes weitere Kind wird er um 240 Euro angehoben.

Für eine gerechte und transparente Familienförderung

Seit langem kritisiert das ZFF die aktuelle Struktur der Familienförderung. Aus unserer Sicht begründen der duale Familienleistungsausgleich und damit das System aus Kindergeld und Kinderfreibeträgen maßgeblich die Schieflage der monetären Familienförderung. Hier reicht eine Verbesserung des Status quo nicht aus, sondern es müssen Reformoptionen diskutiert werden, die dieses System mittel- bis langfristig aufbrechen und kindorientiert, armutsfest und gerecht machen.

Mittelfristig müsste die Zusammenlegung von Kindergeld und Kinderzuschlag und deren einkommensabhängige Ausbezahlung weiter gedacht und kommuniziert werden. Auch die Diskussion der Möglichkeiten der Begrenzung der steuerlichen Entlastungswirkung der Kinderfreibeträge müsste weiter geführt werden.

Langfristig setzen wir uns für die Einführung einer Kindergrundsicherung in Höhe des soziokulturellen Existenzminimums (aktuell 536 Euro) ein, um die Familienför-

derung vom Kopf auf die Füße zu stellen, gegen Kinderarmut vorzugehen und Kinder und Jugendliche aus dem stigmatisierenden Bezug von SGB II-Leistungen herauszuholen.

Ein Existenzminimum für alle Kinder?

Diesem Prozess vorgelagert werden müssen grundsätzliche Überlegungen zu einem einheitlichen Existenzminimum für alle Kinder. Aktuell führen verschiedene gesetzliche Regelungen zu unterschiedlichen Bemessungsverfahren, Altersgrenzen und Einkommensbegriffen. Das ZFF möchte dies in einer Fachtagung im September in Berlin mit dem Titel „Wieviel brauchen Kinder? Gleiches Existenzminimum für alle!“ näher beleuchten. U. a. wollen wir der Lösung der Frage näher kommen, wie sich durch eine Vereinheitlichung des Existenzminimums Schnittstellenproblematiken reduzieren und Kinderarmut vermeiden lassen. 

Weitere Informationen und Anmeldung unter www.zukunftsforum-familie.de

(Christiane Reckmann/Nikola Schopp)

ZFF-Fachtagung

„Wieviel brauchen Kinder? Gleiches Existenzminimum für alle!“

07.09.2015, 10.30 bis 16.15 Uhr
Verlagshaus Der Tagesspiegel
Berlin



Projektabschluss

Herausforderungen des demografischen Wandels für Familien

© Yuri Arcus/Masterfile

Die demografische Entwicklung verändert unsere Gesellschaft. Das Verhältnis der Generationen erfährt individuell und gesellschaftlich neue Bewertungen. Aber was bedeutet das für die Menschen und vor allem für Familien, wenn immer mehr ältere Menschen immer weniger jungen Menschen gegenüberstehen? Wo liegen Risiken, z. B. in den Bereichen Arbeit, Wohnen, Sozialsysteme, Ressourcen oder Zivilgesellschaft, die einer Gegensteuerung bedürfen, wo gibt es aber auch Chancen, die unserer Gesellschaft

neue Möglichkeiten eröffnen? Und vor allem, was kann und muss Politik tun?

Die Präzisierung dieser Fragen beschäftigte das ZFF im Rahmen des Projektes „Vater, Mutter, Oma, Opa?! Herausforderungen des Demografischen Wandels für Familien“ in der Zeit von September 2013 bis Februar 2015. In Diskussionsrunden, Workshops, Tagungen und Stellungnahmen beleuchteten wir u. a. die Veränderungen von Familie und Lebensräumen sowie die Herausforderungen für die Sozialsysteme näher und

erarbeiteten mit Experten/-innen Lösungsansätze für die Etablierung nachhaltiger Strukturen.

Die detaillierten Ergebnisse des Projekts können u. a. in der Dokumentation der Tagung „In Zeiten des demografischen Wandels“ und in der Dokumentation des Workshops „Die Zukunft der Pflege – ein norwegisch-deutscher Dialog“ nachgelesen werden. Sie stehen auf der Homepage des ZFF zum Download bereit.

Weitere Informationen:

www.zukunftsforum-familie.de

(Birgit Merkel/Nikola Schopp)

Position

ZFF: Kinder- und Jugendwahlrecht ja, Familienwahlrecht nein, danke!

Der Vorstand des ZFF hat ein Positionspapier zum Thema „Mehr Teilhabe für Familien und Kinder! Für ein eigenständiges Kinder- und Jugendwahlrecht und gegen ein Familienwahlrecht“ verabschiedet. Als familienpolitischer Verband spricht sich das Zukunftsforum Familie dafür aus, die Position von Familien und Kindern in unserer Gesellschaft zu stärken. Dazu müssen vor allem die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz sowie erweiterte und wirksame Teilhabemöglich-

keiten für Kinder und Jugendliche auf allen Ebenen gehören. Ein weiterer Baustein ist das Wahlrecht. Das ZFF spricht sich für die Etablierung eines eigenständigen Wahlrechts für Kinder und Jugendliche aus, ohne sich dabei auf ein bestimmtes Alter und eine bestimmte Form der Umsetzung festzulegen. Diese Festlegungen sind Gegenstand gesellschaftlicher Diskurse und politischer Willensbildung und unterliegen damit der Gestaltbarkeit und dem Wandel. Auf klare Ablehnung stößt seitens des ZFF



© shutterstock.com/Rawpixel

der Vorschlag eines Familienwahlrechts, das den Eltern je nach Kinderzahl zusätzliche Stimmen verleihen würde.

Das Positionspapier steht unter www.zukunftsforum-familie.de zum Herunterladen bereit.

(Anita Leese-Hehmke/Bettina Rainer)

Personalie

Ein herzliches Dankeschön an Barbara König!

Nach zehn Jahren engagierter Tätigkeit als Geschäftsführerin verlässt Barbara König zum großen Bedauern des Vorstandes den familienpolitischen Fachverband Zukunftsforum Familie und übernimmt eine Geschäftsführerinnenfunktion innerhalb der AWO.

Sie kann auf eine äußerst erfolgreiche Arbeit und positive Entwicklung des ZFF zurückblicken. Bereits zu Beginn ihrer Tätigkeit entwickelte sie maßgeblich eine Strategie zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die bis heute umgesetzt wird. Die erste Ausgabe der Zeitschrift „vielfalt familie“ erschien 2007, das zweiwöchentliche ZFF-Info hat inzwischen mehr als 700 Abonnentinnen und Abonnenten und auch auf Facebook ist das ZFF präsent. Die ZFF-Homepage wird gerade zum zweiten Mal einem Relaunch unterzogen. Interviews für Printmedien sowie in Radio und Fernsehen wurden von ihr mit Bravour gemeistert.

Barbara Königs großes Fachwissen verbunden mit einem angenehmen Auftreten trugen wesentlich zu einer umfangreichen Vernetzung des ZFF in Politik, Fachöffentlichkeit und Zivilgesellschaft bei.

Nach dem Umzug der Geschäftsstelle 2006 von Bonn nach Berlin machte der im politischen Berlin zunächst wenig bekannte Familienverband durch zahlreiche Veran-

staltungen, Pressearbeit sowie Stellungnahmen und die Teilnahme an Anhörungen in Bundestagsausschüssen auf sich aufmerksam. Heute hat das ZFF gute persönliche Kontakte zu allen Fraktionen, Parteien und zahlreichen Journalisten/-innen. In den letzten zehn Jahren hat sich die Mit-

Mit Barbara König hat das ZFF viele wichtige familienpolitische Themen auf Bundesebene in die politische Diskussion eingebracht. Angefangen von unserem weiten Familienbegriff, über die Kindergrundsicherung bis hin zum ElterngeldPlus konnte unser kleiner Familienverband mit seiner



Familie ist ... für Barbara König Eltern, Freunde, Patenkinder und vor allem ihr Ehemann Ingo!

gliederzahl des ZFF von 30 Verbänden auf 60 – meist Gliederungen der AWO – verdoppelt.

Die insgesamt sehr positive Entwicklung des ZFF ist neben der sehr guten Tätigkeit der Geschäftsführerin der engagierten und kompetenten Arbeit des gesamten Teams in der Geschäftsstelle zu verdanken.

innovativen Geschäftsführerin wegweisende Akzente setzen.

Christiane Reckmann, Vorsitzende des ZFF: „Wir wünschen Barbara König viel Erfolg in ihrer neuen Funktion und bedanken uns ganz herzlich für ihre ausgezeichnete Arbeit im ZFF!“ 

(Christiane Reckmann)

Neues AWO- Grundsatzprogramm

Die Arbeiterwohlfahrt hat es sich zur Aufgabe gestellt, bis zum Jahr 2018, ein Jahr vor ihrem hundertjährigen Jubiläum, ein neues Grundsatzprogramm zu formulieren und zu verabschieden. ZFF-Vorsitzende

Christiane Reckmann und Geschäftsführerin Barbara König sind Mitglieder in der Grundsatzkommission des AWO Bundesverbandes, die diesen Prozess fachlich begleitet. In einem ersten Schritt soll das aktuelle Grundsatzprogramm breit diskutiert und damit Pflöcke für das neue Grundsatzprogramm eingeschlagen werden. Dafür ist eine eigene Homepage un-

ter dem Titel „Die Wirklichkeit im Blick, die Visionen im Kopf“ online gegangen. Sie bietet Raum für Diskussionen, relevante inhaltliche Positionierungen und einen Überblick zum Prozess. Sie ist unter www.grundsatzprogramm.awo.org abrufbar.

Interview

Familienpaket: Nur Trostpflaster für Alleinerziehende



© familia.com/istockphoto

Miriam Hoheisel ist seit 2011 Bundesgeschäftsführerin des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter e.V. (VAMV). Der VAMV fordert die Anerkennung von Einelternfamilien als gleichberechtigte Lebensform und entsprechende gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Er tritt für eine verantwortungsvolle gemeinsame Elternschaft auch nach Trennung und Scheidung ein.

Frau Hoheisel, das so genannte Familienpaket ist verabschiedet. Wie schätzen Sie die Verbesserungen für Familien ein?

Vom Familienpaket haben wir uns deutlich mehr erhofft. Von der Erhöhung der Freibeträge profitieren nur Familien mit hohem Einkommen. Das sozial fragwürdige System des Familienleistungsausgleichs wurde also weiter ausgebaut statt grundsätzlichen Reformbedarf anzugehen. Für Alleinerziehende verpufft die Erhöhung des Kindergeldes oft: Wer auf SGB II-Leistungen angewiesen ist oder Unterhaltsvorschuss erhält, guckt in die Röhre, denn hier wird das Kindergeld angerechnet. Die Erhöhung wird im Geldbeutel nicht ankommen. Der Kinderzuschlag unterstützt Familien mit geringem Einkommen und mehreren Kindern, für sie ist dessen Erhöhung eine Verbesserung. Grundlegende Probleme bleiben allerdings: Da Unterhalt, Unterhaltsvorschuss oder Waisenrenten auf den Kinderzuschlag angerechnet werden, kommt er weiterhin bei Alleinerziehenden kaum an.



© privat

Halten Sie die Erhöhung des Entlastungsbetrages für Alleinerziehende für ausreichend?

Auch wenn es gut ist, dass sich überhaupt noch was bewegt hat: Die Erhöhung nach elf Jahren um 600 Euro auf 1.908 Euro ist für Alleinerziehende nur ein kleines Trostpflaster. Alleinerziehende werden in der Steuer im Vergleich zu Ehepaaren zur Familie zweiter Klasse abgewertet. Durchs

Splitting sind am Jahresende bis zu 15.000 Euro im Portmonee, durch den Entlastungsbetrag dann bis zu 800 Euro. Das ist weder gerecht noch wird die Mehrbelastung von Alleinerziehenden angemessen berücksichtigt. Dringend notwendig ist zudem eine Dynamisierung des Entlastungsbetrags. Der Grundfreibetrag wird regelmäßig angepasst, um steigende Lebenshaltungskosten abzubilden. Das muss auch für den Entlastungsbetrag gelten. Angemessen wäre die Ausgestaltung mit einem zweiten Grundfreibetrag als Äquivalent zum Ehegattensplitting.

Alleinerziehende brauchen Anerkennung und Wertschätzung ihrer täglichen Leistung. Wo sehen Sie weiteren dringenden Verbesserungsbedarf für diese Familienform?

Kindern, die keinen Unterhalt bekommen, steht der Staat mit dem Unterhaltsvorschuss zu Seite. Allerdings für maximal sechs Jahre, nur bis zum zwölften Geburtstag und unterm regulären gesetzlich festgelegten Mindestunterhalt. Hier besteht dringender Ausbaubedarf analog zum Unterhaltsrecht. Alleinerziehende als Familienernährerinnen brauchen eine bedarfsgerechte, gute Kinderbetreuung, auch früh am Morgen, abends oder am Wochenende. Um die Familienförderung insgesamt gerecht für alle Familienformen zu gestalten, fordert der VAMV die Entkoppelung vom Steuerrecht hin zu einer Individualbesteuerung und die direkte Förderung von Kindern durch eine Kindergrundsicherung, unabhängig von der Familienform und von Einkommen ihrer Eltern.

Frau Hoheisel, vielen Dank!

(Interview: Barbara König)

Geschichte bewegt Zukunft

Frauen- und Gleichstellungspolitik in der AWO



Die Arbeiterwohlfahrt setzt sich seit ihrer Gründung durch Marie Juchacz im Jahre 1919 für eine geschlechtergerechte Gesellschaft ein. Die umfassende Gleichstellung aller Geschlechter ist ein zentrales politisches Ziel, Fundament der frauen- und gleichstellungspolitischen Aktivitäten des Verbandes und Leitlinie der Einrichtungen und Angebote im Arbeitsfeld Frauen. „Trotz weitreichender rechtlicher Gleichstellung sind zentrale Ressourcen wie Zeit, Macht und Geld in Deutschland im Jahr 2015 zwischen den Geschlechtern immer noch ungleich verteilt“, erklärt der AWO Vorstandsvorsitzende Wolfgang Stadler. Die hohe Gewaltbetroffenheit von Frauen im häuslichen Bereich, die geschlechtsspezifische Aufgabenteilung von familialer Sorge- und Hausarbeit und die Ungleichverteilung von Vermögen und Zeit sind Symptome dieser andauernden Benachteiligung. Gleichzeitig sind Frauen mehr denn je Gestalterinnen ihres eigenen Lebens und kämpfen an vielen Stellen haupt- und ehrenamtlich für Emanzipation.

Die AWO will im Bewusstsein ihres eigenen Beitrages zur Gleichstellung der Geschlechter und der nach wie vor vorhandenen Benachteiligung von Frauen die Frauen- und Gleichstellungspolitik des Verbandes stärken und weiterentwickeln. Dafür ist ihr als Anwältin von Menschen in sozial benachteiligenden Lebenslagen ein weiter Blick auf das Thema Gleichstellung wichtig. Sie setzt sich daher nicht nur für eine stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen ein, sondern kämpft bspw. für eine Besserstellung von Fürsorgearbeit. „Auch eine stärkere Einbeziehung von Frauen in die Arbeitswelt führt nicht automatisch zu mehr Gleichberechtigung. Die Sorge füreinander ist endlich durch gesetzliche Rahmenbedingungen als gesamtgesellschaftliche Verantwortung anzuerkennen und entsprechend zu fördern“, betont Wolfgang Stadler.

Um das Thema Frauen- und Gleichstellungspolitik in der AWO entscheidend voranzubringen, werden in den nächsten Jahren einige Projekte angestoßen, zu denen u. a. die Sozialkonferenz 2015 und die Erstellung eines Gleichstellungsberichtes zählen.

Mit der Sozialkonferenz „Vom Frauenwahlrecht zur Gleichstellungspolitik – Geschichte bewegt Zukunft“, die am 19.09.2015 in Hamburg stattfindet, wird der erste Baustein in einem längeren

Prozess zur Weiterentwicklung der Frauen- und Gleichstellungspolitik des Verbandes gelegt. Neben der Sichtbarmachung von zentralen Frauenbiografien und frauenpolitischen Errungenschaften, zu denen die AWO beitragen hat, werden auf der

Konferenz entlang der Begriffe Selbstbestimmung und Solidarität Themen wie Entgeltgleichheit, Zeitsouveränität, körperliche Selbstbestimmung und Vermögensverteilung behandelt. Durch die Verknüpfung von Geschichte und Zukunft während der Sozialkonferenz will die AWO an die frauenpolitische Tradition des Verbandes erinnern und Mut machen für neue Themen und Bündnispartner/-innen.

Verbandsintern will die AWO durch die Erstellung eines Gleichstellungsberichtes für den Gesamtverband einen differenzierten Blick auf ihre interne Gleichstellungspraxis legen und durch die Erhebung des Status Quo Erkenntnisse gewinnen, die bei der Entwicklung von Gleichstellungsmaßnahmen hilfreich sein können.

Das Ziel der Gründerinnen der AWO, Frauen darin zu unterstützen, ihr Leben eigenverantwortlich zu leben und selbstbewusst zu gestalten durch das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper, ein durch die eigene Berufstätigkeit abgesichertes Einkommen sowie Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung, bleibt auch im 21. Jahrhundert eines der wichtigsten Handlungsfelder der AWO. Dafür ist die Verankerung von Gleichstellung als Querschnittsaufgabe in allen Arbeitsfeldern der AWO ein wichtiger Baustein. 

(Sarah Clasen)

Weitere Informationen:

Sarah Clasen
Referentin für Frauen
und Gleichstellung
Tel: 030 26309428
Fax: 030 2630932428
sarah.clasen@awo.org
www.awo.org



Bundesverband e.V.

 buch-tipp

Männliche Larmoyanz oder berechtigter Aufschrei?

„Capitalism kills love. Wenn wir reden, dann meistens über Termine, ziemlich geschäftsmäßig, wie Eventmanager, den Kalender dauernd griffbereit. Die Positionen werden abgehakt: Wer kümmert sich worum? Wer holt die Kinder ab? Wer geht einkaufen? Wer macht die Wäsche? Aus Liebespaaren werden Partner in der Logistikbranche.“ (S. 122), so lautet eine der – zugespitzten – Erkenntnisse im Buch von Brost und Wefing.

Sie kritisieren in ihrem Buch den steigenden ökonomischen Druck, das scheinbar unaufhaltsame Vordringen der Arbeit ins Privatleben und die rasende Beschleunigung des Lebens, die in den letzten Jahren stattgefunden hat. Hinzu kämen sich auflösende Rollenmodelle, ohne dass an ihre Stelle neue getreten wären. Als Beleg für diese – fraglos zutreffenden Befunde – führen sie eine Vielzahl an wissenschaftlichen und journalistischen Quellen an. Und völlig zu Recht weisen sie darauf hin, dass diese Probleme nicht individuell gelöst werden können, sondern gesellschaftliche Veränderungen und Reformen verlangen.



Marc Brost/Heinrich Wefing

Geht alles gar nicht. Warum wir Kinder, Liebe und Karriere nicht vereinbaren können

Rowohlt Verlag, 2015
240 Seiten
ISBN 978-3-498-00415-6
16,95 Euro

Doch hier klappt eine ziemliche Leerstelle in ihrem Buch: Die Autoren betonen zwar, dass sie „nicht zurück in die Vergangenheit (wollen), wo Mutti zu Hause blieb und Vati arbeiten ging.“ (S. 207) Und an einer Stelle fordern sie auch eine „mutigere“, „radikale“ Familienpolitik, zum Beispiel eine staatliche Grundsicherung für Kinder, Veränderungen bei beruflichen Laufbahnen und Karrieren, die Förderung von Möglichkeiten, früher im Lebensverlauf Kinder zu bekommen, sowie die Beseitigung des Lohnabstandes zwischen Männern und Frauen (S. 196).

Was sie allerdings nicht erkennen, ist, dass es nicht um eine „Vereinbarkeitslüge“ geht, sondern um die grundlegende Frage der Organisation von „Care“ und Sorge in unserer Gesellschaft. Die existierende Care-Krise kann nur bewältigt werden, wenn Sorge und Erwerb gleichermaßen im Leben beider Geschlechter Platz finden. Die Anpassung der Arbeitszeiten an familiäre Sorge-Bedarfe über den Lebensverlauf ist dabei ein zentraler Ansatzpunkt. Brost und Wefing beschreiben somit die Überforderung von Müttern und zunehmend eben auch Vätern durch die konstatierten Entgrenzungstendenzen. Mut auf „das größte Abenteuer“ (S. 126), wie sie selbst schreiben, nämlich eine Familie zu gründen, „trotz allem“, macht ihr Buch allerdings nicht. 

(Bettina Rainer)

»Familie ist ...

... wenn geflüchtete Kinder, Frauen und Männer wieder zusammen leben können.«

Ingrid Leberherz (Jg. 1962) ist seit 2007 Geschäftsführerin von AWO International, dem Fachverband der Arbeiterwohlfahrt für Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. Ein zentrales Anliegen in der Familienpolitik ist der Mutter einer 14-jährigen Tochter eine hohe Zeitsouveränität für berufstätige Eltern: „Ohne unsere Möglichkeiten, Arbeitszeiten mitzubestimmen und Termine verbindlich zu planen, wäre der Alltag viel stressiger gewesen.“ Für politisch zwingend notwendig hält sie eine radikale Wende in der deutschen Flüchtlingspolitik: „Damit das Sterben von Frauen, Männern und Kinder auf der Flucht nach Europa ein Ende hat und Familien überleben können!“



Veranstaltungstipps

7. September 2015, Berlin
ZFF-Fachtagung „Wieviel brauchen Kinder? Gleiches Existenzminimum für alle!“
www.zukunftsforum-familie.de

21. – 23. September 2015, Wiesbaden
Fachkongress Fremdunterbringung qualifizieren – Praxiswende einleiten – Professioneller Kontext, Elternarbeit, Rückführung
www.hs-rm.de

25. – 26. September 2015, Erfurt
Bundesfachtagung „Pädagogische Lebenswelten älterer Kinder – zwischen Anspruch und Wirklichkeit“
www.pfv.info

9. Oktober 2015, Berlin
Fachtagung „Weiblich, qualifiziert sucht: Wirtschaftliche Unabhängigkeit!“
www.was-verdient-die-frau.de

4. November 2015, Berlin
2. Symposium Wissenschaft und Unternehmen im Dialog: Frauen auf dem Weg nach oben – Schneller mit der Quote?
www.diw.de/gender

Impressum:

Herausgeber: Zukunftsforum Familie e.V.
Markgrafenstr. 11, 10969 Berlin
Tel.: 030 259272820
E-Mail: info@zukunftsforum-familie.de
www.zukunftsforum-familie.de
[facebook/zukunftsforum-familie](https://www.facebook.com/zukunftsforum-familie)

Ausgabe 25/2015, Auflage: 1.300 Stück

Redaktion: Dieter Heinrich, Barbara König, Dr. Bettina Rainer, Nikola Schopp

Nähere Informationen zu den Autorinnen und Autoren der Artikel finden Sie auf der ZFF-Homepage.

Endredaktion und V.i.S.d.P.: Dr. Bettina Rainer

Gestaltung: büro G29, Aachen

Titelfoto: Francesca Schellhaas/photocase.com

Druck: KOMAG mbH, Berlin

GEDRUCKT AUF 100 PROZENT RECYCLINGPAPIER

„vielfalt familie“ erscheint drei Mal jährlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Der Abdruck und die Vervielfältigung des Inhalts sind nach Absprache und bei Zusendung eines Belegexemplars erlaubt und erwünscht. Die aktuellen Ausgaben stehen unter www.zukunftsforum-familie.de zum kostenlosen Download bereit. Alle Rechte liegen beim Zukunftsforum Familie e.V.

 zukunftsforum
familie e.v.

www.zukunftsforum-familie.de

 [facebook/zukunftsforum-familie](https://www.facebook.com/zukunftsforum-familie)